**Verordnung über die Aufhebung von Beiräten.
Vom 13. September 1934.**

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird hiermit verordnet:

§ 1

Die in Gesetzen und Verordnungen vorgesehene Mitwirkung von Mitgliedern des Reichstags in Ausschüssen und Beiräten fällt fort.

§ 2

Die nachstehenden Beiräte im Bereich der Reichsverwaltung werden aufgehoben:

1. Eisenbahnbeiräte (Reichseisenbahnrat und Landes-eisenbahnräte, Artikel 93 der Reichsverfassung, Verordnung vom 24. April 1922, in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 1932, Reichsgesetzbl. II S. 82, und der Änderungsverordnung vom 15. Dezember 1932, Reichsgesetzbl. II S. 239),
2. Wasserstraßenbeiräte (Artikel 98 der Reichsverfassung, Verordnung vom 26. Januar 1925, Reichsgesetzbl. II S. 5),
3. Beirat für das Luftfahrwesen (§ 17 des Luftverkehrsgesetzes vom 1. August 1922, Reichsgesetzbl. I S. 681),
4. Beirat der Reichsmonopolverwaltung (§ 11 des Gesetzes für das Branntweinmonopol vom 8. April 1922, Reichsgesetzbl. I S. 405).

§ 3

§ 16 des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 405) erhält folgende Fassung:

„§ 16

Der Gewerbeausschuß hat die Aufgabe, die an der Herstellung, dem Absatz und der Verarbeitung von Branntwein und Branntwein-erzeugnissen beteiligten Gewerbe bei der Reichsmonopolverwaltung zu vertreten. Er besteht aus 15 Mitgliedern und ebensoviel Stellvertretern, die vom Reichsminister der Finanzen berufen werden.

Die Mitglieder des Gewerbeausschusses und ihre Stellvertreter versehen ihr Amt als Ehrenamt; sie erhalten Ersatz ihrer Auslagen.

Der Gewerbeausschuß wird vom Präsidenten der Reichsmonopolverwaltung einberufen. Er soll vor wichtigen Entscheidungen gehört werden.

Auf die Mitglieder des Gewerbeausschusses findet § 14 Anwendung.“

§ 4

Der Reichsschuldenausschuß (§§ 31, 32 der Reichsschuldenordnung vom 13. Februar 1924, Reichsgesetzbl. I S. 95) bleibt unberührt.

Berlin, den 13. September 1934.

Der Reichsminister des Innern
Fried

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

**Dritte Verordnung über die Anmeldung der Betriebe
des Landhandels und der Be- und Verarbeitung
landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum
Reichsnährstand.**

Vom 13. September 1934.

Auf Grund der §§ 9 und 10 des Reichsnährstandsgesetzes vom 13. September 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 626) wird verordnet:

Im Abs. 1 und Abs. 2 der Zweiten Verordnung über die Anmeldung der Betriebe des Landhandels und der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Reichsnährstand vom 22. August 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 793) werden die Worte „15. September 1934“ durch die Worte „30. September 1934“ ersetzt.

Berlin, den 13. September 1934.

Der Reichsminister
für Ernährung und Landwirtschaft
In Vertretung
H. Backe

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —.

Fortlaufender Bezug nur durch die **Postanstalten**. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I = 1,60 R.M., für Teil II = 1,80 R.M.
Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Reichsverlagsamt**, Berlin NW 40, Scharnhorststraße Nr. 4 (Fernsprecher: D 2 Weidendamm 9265 — Postcheckkonto: Berlin 96200). Preis für den achtseitigen Bogen 15 Pf., aus abgelaufenen Jahrgängen 10 Pf. ausschließlich der Postdruckfachengebühr. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.